Berlin.
Mittwoch, 1. April.

(Abend-Ausgabe.)

National-Zeitung.

№ 154.
1857. — 10ter Jahrgang.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 Thlr. 20 Sgr., für ganz Preußen 2 Thlr. 12½ Sgr.; für das übrige Deutschland 2 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin d. Exped. Lindenstr. 81.
Inserate: die Petitzeile 2 Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: die holstein-lauenburgische Angelegenheit; die Bestätigung der Agenten der Versicherungs-Gesellschaften. Weimar: aus dem Landtage. Aus dem Schleswigschen: Ostroirung dänischer Prediger.
Frankreich. Paris: die neuenburger Konferenzen; Tagesbericht.
Großbritannien. London: die Wahlen; Palmerston.
Italien: aus Rom.
Amerika. Newyork: neueste Post.
Berliner Nachrichten.

Deutschland.

* **Berlin**, 1. April. Es ist vielfach von einer Differenz zwischen unserer und der österreichischen Regierung in Betreff der Behandlung der holstein-lauenburgischen Angelegenheit die Rede gewesen; erstere wünschte dieselbe angeblich sofort an den Bund zu bringen, während man von Wien her vorschlug, vorher noch eine Kollektivnote an das dänische Kabinet zu richten. Nach einer im gestrigen Abendblatte von uns mitgetheilten Wiener Korrespondenz der „Börsenhalle" hätte Preußen die Absicht ausgesprochen, die Sache einseitig dem Bundestage vorzulegen, falls die österreichische Regierung sich nicht anschließen wolle, worauf letztere der preußischen Auffassung beigetreten sei und die betreffenden Instruktionen bereits an ihren Gesandten in Frankfurt befördert habe. — Die „Zeit" enthält in Beziehung hierauf folgende Berichtigung: „Wir haben Grund die volle Richtigkeit dieser Mittheilungen entschieden zu bezweifeln. Es ist die Angelegenheit weder so weit gediehen, als der betreffende Korrespondent berichtet, noch haben die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Berliner und Wiener Kabinet im ganzen Laufe der Verhandlungen eine solche Schärfe erlangt, als oben angegeben wird. Im Gegentheil sind, soweit wir Gelegenheit hatten, uns darüber zu unterrichten, beide Kabinette über die ihnen von Kopenhagen durch den Baron von Bülow mündlich wie schriftlich gemachten Eröffnungen niemals verschiedener Meinung gewesen; und wenn über die Form, dieser Meinung Ausdruck und Folge zu geben, eine Verschiedenheit der Ansicht auch geherrscht haben mag, so ist diese doch nicht durchgreifender Natur gewesen und die Gemeinsamkeit des zu erstrebenden Zieles hat, wie wir hören, den Vorschlägen des einen Kabinets das volle Entgegenkommen des andern gesichert. Es besteht in dieser Frage also — wie schon die Erklärung des Herrn Minister-Präsidenten in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses angedeutet hat — eine vollkommene Uebereinstimmung der Auffassung der beiden den schen Kabinette. Eine Vorlage bei dem Bunde ist sicherem Vernehmen nach noch nicht vorbereitet und für die nächste Zeit auch nicht zu erwarten; eben so wenig sollen neuere Noten nach Kopenhagen abgegangen sein, aber die Eröffnungen, welche in Berlin und Wien gemacht sind, lassen keinen Zweifel, daß, wie man nicht gewillt sei, den Rechten des Souveräns vorzugreifen, man auch nicht die Neigung habe, die fragliche Angelegenheit in unbestimmter Schwebe zu erhalten und den Rechten zu vergeben, welche die Bundesakte und sonstige Verträge den deutschen Bundes sichern."

— Der „Bresl. Ztg." wird von hier in Betreff der Bestätigung der Agenten der Versicherungs-Gesellschaften geschrieben, es sei unlängst ein Ministerial-Erlaß des Inhalts ergangen, daß, da nach §. 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1853 der Agent die Konzession der Regierung desjenigen Bezirks nachzusuchen habe, in welchem er das Geschäft zu betreiben beabsichtige, und durch diese Vorschrift die früheren davon abweichenden Bestimmungen außer Kraft getreten seien, der in einem Regierungsbezirk bereits konzessionirte Agent, wenn er außerdem in dem Bezirk einer anderen Regierung zum Geschäftsbetriebe verstattet zu werden wünscht, auch noch der Konzession dieser letztgedachten Regierung bedürfe. Dabei ist bemerkt, daß die Voraussetzungen, unter denen dergleichen Konzessionen zu ertheilen seien, von den Umständen jedes einzelnen Falles und der pflichtmäßigen Anwendung der betreffenden Gesetze durch die zur Entscheidung berufene königliche Regierung abhängen.

— Die Finanzkommission des Herrenhauses ist bereits gestern früh zur Berathung des Gesetzes über die Erhöhung des Salzverkaufspreises zusammengetreten.

— In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses theilte der Herr Minister-präsident dem Hause mit, daß er so eben eine aus Helsingör datirte Depesche erhalten habe, nach welcher heute früh das erste preußische Schiff, ohne anzulegen, mit wehender Flagge den Sund passirt habe. — Bezüglich der Petitionen, die Polizeianwaltschaft betreffend, wurden die Anträge der Kommission angenommen. Das Nähere im Morgenblatte.

Weimar, 30. März. In der heutigen Sitzung des Landtags ist die Regierungsvorlage, betreffend die substantielle Abtrennung des Kammervermögens vom landschaftlichen, zur Berathung gekommen. Der Antrag der Minorität, welcher darauf gerichtet war, in eine Diskussion der Proposition — da die 1854 angestrebte Vereinbarung mit den Agnaten des großherzogl. Hauses nicht gelungen und deren Protest nicht beseitigt sei — nicht einzugehen, blieb in der Minderheit und hat der Landtag beschlossen, die Auseinandersetzung der beiden Vermögenskomplexe vorzunehmen. — Vorher ist dem Landtage die Mittheilung gemacht worden, daß die zwischen Weimar und Meiningen streitige Landeshoheit über das Dorf Unterrohn bei Eisenach durch Entscheidung des Oberappellationsgerichts zu Jena dem letztgenannten Staate zugesprochen ist. Die Ansicht, es habe die Staatsregierung nicht ohne Zustimmung des Landtags auf den Spruch des Oberappellationsgerichts mit S. Meiningen sich vereinbaren dürfen, weil darin eine eventuelle Veräußerung eines Gebietstheiles enthalten sei, blieb in der Minderheit.

§ **Aus dem Schleswigschen**, 29. März. Sie beweisen in Ihrem sehr geschätzten Blatte so warmen Antheil an dem Schicksal meiner von den Dänen zum Hohn Deutschlands so arg gemißhandelten Heimath, daß ich annehmen zu dürfen glaube, jede in der Wahrheit begründete Mittheilung, welche das Verfahren der Dänen an's Licht zu bringen geeignet ist, und mithin auch die folgende, werde Ihnen nicht unwillkommen sein.

Die Gemeinde Clixbüll in der Propstei Tondern im Herzogthume Schleswig an der Grenze des alten Nordfrieslands belegen, deren Bewohner zum Theil ein mit deutschen Wendungen und Ausdrücken stark vermischtes dänisches Patois sprechen, zum Theil aber auch der deutschen und friesischen Sprache sich bedienen, hatte von je her bis 1851 deutsche Kirchen- und Schulsprache. Wie in so vielen andern Gemeinden, wurde im genannten Jahre wider den entschieden ausgesprochenen Willen der Gemeinde die dänische Kirchen- und Schulsprache hier eingeführt. Der Vorschrift gemäß sollte jeden zweiten Sonn- und Festtag Gottesdienst in dänischer Sprache gehalten werden. Prediger und Küster erschienen auch dazu bereit in der Kirche; es fehlte aber die Gemeinde, denn niemand hatte Neigung einen Gottesdienst zu besuchen, der in einer der Gemeinde nicht verständlichen und ihr wider ihren Willen aufgedrungenen Sprache ihrer Feinde gehalten werden sollte. Die Clixbüller sprechen nämlich zwar die erwähnte Mischsprache, ihre ganze Bildung ist aber durchaus deutsch und die dänische Schriftsprache ihnen fremd, besonders die Bibel- und Kanzelsprache. Um ein Beispiel von vielen anzuführen, so weiß jeder Clixbüller sehr wohl, was „Geweten" (Gewissen), aber nicht, was Sammittighed bedeutet. Also, dänischer Gottesdienst konnte in Clixbüll aus Mangel an Zuhörern nicht gehalten werden und ist auch, mit alleiniger Ausnahme des Tages, an dem der Bischof im Jahr 1855 Generalvisitation abhielt, zu welcher der Prediger durch Bitten und Flehen einige Wenige vermochte, in die Kirche zu kommen, nicht gehalten worden, während an den deutschen Sonntagen die Kirche voll war. Im Oktober 1856 nun fand sich die dänische Regierung veranlaßt, den Prediger, den die Gemeinde zu Anfang der vierziger Jahre selbst gewählt hatte, mit einer Pension von 500 Rigsdaler (375 Thlr. Pr.) seines Amts zu entlassen und hat nun zur Neuwahl drei dänische Kandidaten präsentirt. Sobald dies bekannt wurde, reichten die Kirchspielsvorsteher im Namen der Gemeinde bei dem Kirchenvisitatorium (Amtmann und Propst) ein Gesuch an das Ministerium ein, daß die Wahlpredigten in deutscher Sprache gehalten werden möchten, worin sie erklärten, daß, wenn dieselben dänisch gehalten würden, sie mit der ganzen Gemeinde genöthigt wären, am Tage der Wahl zu Protokoll zu geben, daß sie die Predigten nicht verstanden hätten und aus dem Grunde ihre Stimmen nicht abgeben könnten. Sie wären durch den empfangenen deutschen Schulunterricht und ihr ganzes kirchliches und religiöses Leben lediglich auf den deutschen Gottesdienst angewiesen und beschränkt, und müßten eine Bürgschaft haben, daß ihr künftiger Prediger in deutscher Sprache zu ihren Herzen reden könnte ꝛc. Auf dieses Gesuch hat das Ministerium reskribirt, daß kein genügender Grund vorhanden sei, weshalb die Wahlpredigten nicht in dänischer Sprache gehalten werden könnten. — Ueber die Wahl, welche wohl gegen das Ende des April stattfinden wird, werde ich Ihnen seiner Zeit berichten.

Frankreich.

☆ **Paris**, 30. März. Die Neuenburger Konferenz wird aller Wahrscheinlichkeit nach morgen eine weitere Sitzung halten. Die Hoffnungen in Beziehung auf den günstigen Ausgang der Konferenzen haben durch eine Rede des Dr. Kern bei dem vorgestrigen Festmahl der „Helvetischen Gesellschaft" eine neue Bestätigung erhalten. Beiläufig will ich bemerken, daß unsre offizielle Welt findet, daß die schweizerische Verwickelung schon viel zu lange Diplomatie und Presse in Anspruch nimmt und dringend wünscht, daß die verhältnißmäßig unbedeutende Frage endlich eine definitive Erledigung finde. — Briefe aus Turin melden, daß Graf Paar und Graf Cavour in der friedlichsten Weise von einander Abschied genommen und sich in Ausdrücken des entschiedensten Bedauerns über den Abbruch gegenseitiger Verbindungen ergangen haben. Ein Gerücht, das aus guter Quelle kommt, spricht von der nahe bevorstehenden Ankunft des Grafen Paar in Paris. — Das französische Kabinet ist nicht wenig erfreut über den Sieg Lord Palmerston's bei den englischen Wahlen. Es ist dies leicht erklärlich, wenn man sich erinnert, welche glänzenden Verdienste Lord Palmerston um die englisch-französische Allianz hat; es erzieht sich aber andere seits daraus auch, welchen großen Werth Napoleon III. fortdauernd auf diese Allianz legt. — Den letzten Nachrichten aus Neapel zufolge scheint es wirklich, daß König Ferdinand die Maßregeln wegen Verbannung der Gefangenen nach Südamerika und wegen Anlegung von Docks in Neapel für geeignet hält, die Westmächte zufriedenzustellen. Hier scheint man nicht ganz abgeneigt, mit diesen Zugeständnissen einstweilen vorlieb zu nehmen, namentlich wenn auch Poerio und Settembrini die Auswanderung annehmen sollten.

△△ **Paris**, 30. März. Am Sonnabend fand unter dem Vorsitze des Obersten Barman hier ein großes schweizerisches Festmahl statt. Dr. Kern, der den Ehrenplatz einnahm, hielt eine längere Rede, in der er eine nahe Beilegung des Neuenburger Streites in Aussicht stellte. Er hob die freundlichen Gesinnungen hervor, welche der Kaiser Napoleon für die Schweiz hege, und fand darin eine sichere Bürgschaft, daß das bevorstehende Abkommen nichts mit der Ehre der Schweiz Unverträgliches enthalten werde. Gestern erhielt Dr. Kern die von ihm eingeforderten Instruktionen des Bundesraths, und man glaubte deshalb, daß schon heute die fünfte Sitzung der Konferenz stattfinden werde; indessen ist dieselbe auf morgen verschoben worden. Dr. Kern hatte inzwischen längere Unterredungen mit Lord Cowley und dem rasen Walewski, die er von dem Inhalte seiner Weisungen in Kenntniß setzte. So viel verlautet, schließen dieselben nicht die einfache Annahme der preußischen Vorschläge in sich und erheben namentlich Einwendungen gegen die bransprachte Entschädigung von 2 Mill. Francs. Die offiziöse „Patrie" stellt denn auch bereits noch eine längere Dauer der Verhandlungen in Aussicht, welche allerlei delikate Punkte in sich schlössen; an der endlichen definitiven Abwickelung sei indessen nicht zu zweifeln. — Die dänische Angelegenheit fährt fort, die französische Diplomatie zu beschäftigen; die Anerkennung jedoch, daß das Londoner Protokoll in Betreff der deutschen Herzogthümer ebenso unhaltbare und den geographischen und nationalen Verhältnissen widersprechende Zustände geschaffen habe, wie die Wiener Verträge in Betreff Neuenburgs, scheint erst der Zukunft vorbehalten. — Am letzten Sonnabend hatte der Fürst Danilo eine neue Konferenz mit dem Grafen Walewski. Das Ergebniß derselben würde, wie man wissen will, eine demnächst bevorstehende Zusammenkunft des Fürsten mit dem türkischen Gesandten Mahomed-Dschemil-Bey sein. Beide hatten sich bis jetzt noch nicht sehen wollen.

Der gesetzgebende Körper schritt heute in seinen Büreaus zur Prüfung des Budgets für 1858. Die Diskussion verbreitete sich hauptsächlich über die neue Mobiliarsteuer. Von 7 Büreaus ernannten 5 ihre Kommissäre, sie sind sämmtlich den Vorschlägen der Regierung günstig und es leidet somit keinen Zweifel, daß die neue Steuer auf nur geringen Widerstand stoßen wird. Fast alle Redner in den Büreaus erklärten, daß sie das Budget, so wie es vorgelegt worden, votiren würden. Nur Einige erlaubten sich die Bemerkung, daß die Vorlage, ungeachtet einer scheinbaren Verminderung, doch im Grunde einen Zuwachs von vielen Millionen aufweise und daß, wenn man so fortfahre, dasselbe bald zu 2 Milliarden heranschwellen werde. — Auffehen macht eine Broschure des Herrn Rey de Foresier, Administrators der Straßburger Eisenbahn, worin dieser der Regierung das Recht streitig macht, die Eisenbahn-Aktien zu besteuern. Dieselbe habe nämlich die Konzession zu bestimmten Bedingungen verliehen und dürfe sie nun nicht nachträglich erschweren. — Das „Journal des Débats" bekämpft heute in einem zweiten Artikel den vor den Staatsrath gebrachten Gesetzentwurf, die unrechtmäßige Anmaßung von Adelstiteln betreffend. Ein solches Gesetz existirte schon seit langer Zeit, aber selbst die Restaurationsregierung, welche doch gewiß das meiste Recht und Interesse hatte, die Anmaßung von Adelstiteln zu verhindern, hatte nie daran, dasselbe in aller Strenge zu handhaben, so daß es bald in Vergessenheit gerieth. Wahrscheinlich habe man die beiden Hauptübelstände schon damals herausgefühlt. Erstlich würde das Gesetz nämlich den wahren Adel eben so gut und noch mehr, als den falschen treffen. Denn eine große Anzahl französischer Familien, welche unter der Restauration ihre frühern Adelstitel wiederannahmen, würden schwerlich Beweise dafür vorbringen können, da diese während der Revolution verloren gegangen seien. Für diese Familien stütze sich der rechtmäßige Besitz des Adelstitels nur darauf, daß dieselben notorisch seien. Dasselbe könne aber auch bei dem falschen Adel der Fall sein, sobald derselbe nur einige Generationen überdauert hat. Ein Gutsbesitzer z. B. nehme den Namen seiner Besitzung an, und nenne sich Herr von N.; seine Nachbarn kennen ihn unter diesem Namen und für den Taufschein seines Sohnes finde er leicht zwei Zeugen, die gegen das „Bon" nichts einzuwenden haben; entgeht dieser Betrug dem Gesetze, so ist bei der folgenden Generation der Adelstitel unangreifbar. Uebrigens werde mit dem Adelstitel weniger Mißbrauch in bürgerlichen Aktenstücken, wie Taufscheinen ꝛc., getrieben, als vielmehr im täglichen Leben, in den Salons, auf Briefen, Visitenkarten ꝛc. Welle die Polizei hier einschreiten, so müsse sie sich doch zu sehr in das Privatleben mengen. Am Schlusse des Artikels heißt es: „Wie könnte man diese Reflexionen beschließen, ohne mit tiefem Bedauern und einiger Beschämung zu gestehen, daß die Manie der willkürlichen Anmaßung des Adels unter uns die seltsamste Ausdehnung gewonnen hat und ein trauriges Zeugniß für die unaufhörlichen Fortschritte der Dummheit und Eitelkeit ablegt. Mitten in dieser Ueberschwemmung von Namen, die den Besitzungen entnommen sind, dieser Zergliederung bürgerlicher Namen, um ein „de" heraus zu bringen, in dieser fast allgemeinen Anmaßung von Titeln wird es sehr bald eine Auszeichnung und ein Beweis von Verstand sein, wenn man seinen wahren Namen bewahrt; die Gesellschaft wird so adelig, daß kaum Platz für die übrig bleibt, welche auf ihrer bürgerlichen Herkunft bestehen."

Die zahlreichen Verhaftungen, die seit einigen Tagen statt finden (man spricht schon von 80) erregen bedeutendes Aufsehen. Wohl es nicht rathsam ist, viel darüber zu sagen. Es soll sich um ein Komplott handeln, dessen Zwecke das Gerücht sehr verschieden angiebt. Unter den bis jetzt verhafteten Personen befinden sich die Herren Morin und Ancaigne, beide Mitarbeiter der „Revue de Paris". Morin war früher Mitarbeiter am „Avenir." Gegen den Studenten Lefort, Verfasser der „Chants de haine", der wegen der Affaire Rizard zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, ist ebenfalls ein Verhaftsbefehl erlassen worden; die Polizei ist desselben bis jetzt aber noch nicht habhaft geworden. Es sollen bei einem der Verhafteten Instruktionen von einer der hervorragendsten Persönlichkeiten aus der Zeit der Februarrevolution gefunden worden sein. — In Bezug auf die polytechnische Schule hört man, daß mit Ausnahme von 16 Schülern die aus der Anstalt ausgeschlossene Abtheilung wieder aufgenommen werden soll. Man sügt jedoch hinzu, daß die Regierung die Absicht habe, der polytechnischen Schule eine Organisation zu geben, ähnlich der Schule von St. Cyr, wo bekanntlich Infanterie-Offiziere gebildet werden. Die polytechnischen Schüler sollen nämlich gezwungen werden, sich als gemeine Soldaten in der Armee einschreiben zu lassen, so daß sie dann unter einem rein militärischen Regime stehen und die Behörden das Recht haben, sie bei dem geringsten Vergehen als gemeine Soldaten in die Armee zu stecken. Die Erben des Prinzen Eugen machen dem Verleger der Memoiren des Herzogs von Ragusa einen Prozeß. Sie wollen denselben nöthigen, die beschimpfenden Behauptungen über den Prinzen zu unterdrücken. — Der Marschall Randon ist von seinem Ausfluge nach der Dauphiné wieder nach Paris zurückgekehrt, wo er sich nur noch kurze Zeit aufhalten wird, um dann nach Algier sich zurück zu begeben. — Es heißt, daß der „Moniteur" in Kurzem die Anzeige bringen wird, daß der kaiserlichen Familie eine neue Vermehrung bevorstehe.

Nach dem „Moniteur" ist eines der unter Leitung des Architekten des Kaisers auf dem Boulevard Mazas, wo die Privat-Domaine ein Grundstück von 10,000 Meters angekauft hat, erbauten und zu Wohnungen für die Arbeiterklasse bestimmten Häuser jetzt vollendet und soll für den Kostenpreis ausgeboten werden. Drei andere fast fertige Häuser werden in Kurzem folgen. Man hatte behauptet, daß dem lyrischen Theater im Budget von 1858 ein Staatszuschuß ausgeworfen werden solle; diese Angabe hat sich jetzt als irrig erwiesen. Ueberhaupt bleiben die Zuschüsse für die sogenannten kaiserlichen Theater unverändert: 820,000 Fr. für die Oper; je 240,000 Fr. für Theatre Français und Opera Comique; je 100,000 für Odeon und Theatre Italien. — Die Notabilitäten des Journalismus erwiederten dieser Tage das ihnen von dem Banquier Millaud gegebene Festmahl durch ein ihm zu Ehren veranstaltes Diner bei Desour. — So eben ist in Paris der 15. Band von der „Histoire du Consulat et de l'Empire" erschienen, in welchem Thiers die deutsche Erhebung und die Allianz der nordischen Mächte, Napoleons Anstrengungen zur Bildung einer neuen Armee und die Schlachten bei Lützen und Bautzen schildert. — Am letzten Freitage wurde das gemischte Linienschiff „Alexander" (100 Kanonen) unter großer Feierlichkeit in Cherbourg vom Stapel gelassen. — Nach den amtlichen Durchschnittstabellen der Kornpreise im ganzen Lande waren dieselben im laufenden Monate etwas niedriger als im Februar. Ein ferneres Weichen wird zuversichtlich erwartet.

Großbritannien.

* **London**, 30. März. Nach der heute erfolgten amtlichen Verkündigung der Wahlergebnisse in der City sind Duke mit 6664, Rothschild mit 6398, Russell mit 5308 und Crawford mit 5808 Stimmen gewählt, Currie mit 4519 durchgefallen. In Finsbury sind Duncombe und Cox gewählt (Parry und Reed gefallen). In Tower Hamlets sind Ayrton und Butler gewählt (Sir W. Clay geschlagen). In Greenwich sind Codrington (General) und Townsend erwählt (Montague Chambers geschlagen). In Portsmouth sind Elphinstone und Baring (Sir Francis) gewählt (Monck durchgefallen). In Southwark (London)